

Marco Bünte

Probleme der demokratischen Konsolidierung in Thailand

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Bd. 324

Institut für Asienkunde, Hamburg, 2000, 129 S., DM 28,--

Mit dem Inkrafttreten der 16. Verfassung des Königreichs Thailand im Oktober 1997 fand ein langgestreckter Reformprozeß seinen vorläufigen Höhepunkt, von dem viele Beobachter annehmen, daß er den Schlußstein zur formalen Institutionalisierung der liberalen Demokratie in Thailand bildet. Zahlreiche an der Verfassungsgebung beteiligte Personen, zivilgesellschaftliche Gruppen, die thailändischen Medien sowie ausländische Beobachter verknüpfen damit die Hoffnung, daß – eine rasche und korrekte Umsetzung der neuen Bestimmungen vorausgesetzt – die faktisch bestehenden Einschränkungen der Wirksamkeit demokratischer Institutionen neutralisiert werden können. Im Frühjahr und Sommer diesen Jahres wurde schließlich erstmals seit der Einführung des Zweikammerparlaments im Jahre 1946 der über Jahrzehnte als Kammer der Bürokraten und des Militärs geltende Senat in direkter Volkswahl bestimmt.

Die hieraus verschiedentlich abgeleiteten positiven Einschätzungen müssen vor dem Hintergrund der Probleme demokratischer Konsolidierung in Thailand relativiert werden – so kann das Ergebnis der vorliegenden Studie zur Entwicklung der thailändischen Demokratie in den neunziger Jahren zusammengefaßt werden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß es sich bei Thailand weiterhin um eine „unvollkommene und gefährdete Demokratie“ handelt. Thailand wird von ihm zum Ende der neunziger Jahre als „defekte Demokratie“ klassifiziert, „die erhebliche Defizite in der horizontalen Autonomie der konstitutionellen Gewalten und in Fragen der Menschenrechte aufweist“ (S. 114). Dabei bleibe Thailand auch in Zukunft eine fragile und unvollkommene Demokratie. In den letzten Jahren seien sogar kleine Schritte in Richtung einer Reautoritarisierung zu verzeichnen.

Marco Bünte hat mit seiner ursprünglich als Magisterarbeit an der Universität Münster eingereichten Studie die erste deutschsprachige Monographie zum jüngsten Demokratisierungsprozeß in diesem südostasiatischen Land vorgelegt. Dies ist zweifelsohne verdienstvoll, und es gebührt dem Autor Respekt für sein Bemühen, Area-Forschung und politikwissenschaftliche Transformationsforschung zu verbinden, eine Forschungs- und Analysestrategie, die im deutschsprachigen Raum leider immer noch die Ausnahme ist.

Im Zentrum der Studie steht die Frage nach dem Verlauf, den Schwierigkeiten und dem Ergebnis der demokratischen Konsolidierung in Thailand. Bei seiner Analyse bedient sich der Autor des „Mehrebenenmodells demokratischer Konsolidierung“ von Wolfgang Merkel (1996)¹. Im folgenden geht er im wesentlichen in sechs Schritten vor. Auf eine kurze Präsentation des Modells folgt ein zusammenfassender Überblick über den durch häufige

¹ *Wolfgang Merkel, Theorien der Transformation. Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme / Claus Offe (Hrsg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS Sonderheft 26, Opladen 1996, S. 30-59.*

institutionelle Brüche und demokratische Rückschläge charakterisierten Systemwandel Thailands von der absoluten Monarchie (1932) bis zur Demokratisierung 1992. Es folgt auf den vier Analyseebenen des Modells – Regierungssystem und Verfassungsinstitutionen, Parteiensystem, Vetoakteure sowie dem Bereich der Zivilgesellschaft und der politischen Kultur – eine Bestandsaufnahme der Konsolidierungserfolge und Defizite. Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung in einem knappen Fazit zusammengefaßt.

Bei der Studie handelt es sich im wesentlichen um eine Bestandsaufnahme des Forschungsstandes zur demokratischen Entwicklung Thailands im Zeitraum von 1992 bis 1998. Hier geht der Autor umsichtig vor und fügt die bekannten Details und Informationen im Rahmen der gewählten Systematik zu einem alles in allem überzeugenden Gesamtbild zusammen. Dieses Verdienst ist zugleich das größte Manko der vorgelegten Monographie: Etwas mehr an neuen empirischen und theoretischen Erkenntnissen wäre wünschenswert gewesen. So hat Reinecke bereits 1994 festgestellt, daß Thailand eine „gefährdete Demokratie“ ist. Die vom Autor benannten Konsolidierungsdefizite sind von zahlreichen britischen (Duncan McCargo), australischen (Kevin Hewison u.a.) und deutschen Wissenschaftlern (Michael Nelson und Jürgen Rüländ) mit anderer Systematik und unterschiedlichem analytischem Zugriff, aber vergleichbaren Ergebnissen diskutiert worden. Insbesondere im Abschnitt über „Die Zivilgesellschaft und die Staatsbürgerkultur“ hätte man sich gewünscht, daß die bestehende Forschungslücke zur politischen Kultur verringert würde, vor allem in Form von quantitativem und damit über den Einzelfall hinaus vergleichbarem Datenmaterial zu den politischen Einstellungen, Orientierungen und Meinungen der thailändischen Bürger. Die unzureichende Datenlage mag als Erklärung dafür gelten, warum die Untersuchung hier blaß bleibt. Bedauerlich ist es trotzdem.

Aber auch der genauere Blick auf die Argumente reizt zum Widerspruch. Der Umstand, daß die thailändische Demokratie nicht konsolidiert ist, kann sicherlich als unstrittig gelten; bei der Wahl eines „maximalistischen“ Konsolidierungskonzepts darf dies aber auch nicht verwundern. Allerdings ist die Argumentationskette nicht immer überzeugend, und hinter der zielgerichteten Suche nach Problemen der Konsolidierung verblaßt die Analyse der Reformdynamik im politischen System Thailands. So argumentiert Bünte, daß die Bedingungen der Patronagenetzwerke und die Klientelwirtschaft in der thailändischen Politik zu Legitimitätsverlusten der demokratisch gewählten Regierungen geführt haben und durch den Stimmenkauf ein Großteil der Bevölkerung von der Politik ausgeschlossen ist. Die Beharrungskraft dieser institutionellen „Tiefenstruktur“ der thailändischen Politik ist erst in diesem Sommer anläßlich der Senatswahlen erneut deutlich geworden.² Zu fragen wäre aber mit Blick auf die Stabilitäts- und Konsolidierungspotentiale der thailändischen Demokratie, ob nicht gerade die Einbindung von Kandidaten und Mandatsträgern auf der einen Seite sowie der Wähler auf der anderen Seite in diese politischen Austauschmuster ein

² Vgl. dazu den Beitrag des Rezensenten in *Verfassung und Recht in Übersee* 33 (2000), S. 348.

Mindestmaß an Anbindung der überwiegend ländlich-agrarischen (Wahl-)Bürger an das politische System sicherstellt, das anderweitig im politisch-kulturellen Kontext der thailändischen Gesellschaft kaum zu vermitteln wäre.

Die Annahme von der gefährdeten Demokratie ist diskussionsbedürftig. Ungeachtet der Konsolidierungsdefizite der thailändischen Demokratie zeigt diese doch klare Stabilisierungstendenzen. So ist es entgegen der Sichtweise von Bünte ein Zeichen zunehmender Festigung, wenn ein chronisch von Militärerhebungen geplagtes politisches System wie das Thailands eine veritable Wirtschaftskrise (1997/98) übersteht, ohne daß es zu bestandsgefährdenden Krisenerscheinungen der Demokratie kommt. Ebenso kann die neue Verfassung eindeutig als Fortschritt bewertet werden, trotz aller berechtigter Kritik an den Exklusionstendenzen im Wahlrecht und des ungesicherten Status von Bürgerrechten. Die Ablösung der alten, demokratisch nur unzureichend legitimierten Verfassung mit ihren festgeschriebenen Vetoenklaven für das Militär durch ein neues Grundgesetz, das zahlreiche konsolidierungsförderliche Bestimmungen enthält (u.a. erstmals ein Verfassungsgericht und die Freigabe elektronischer Medien), als Zeichen für die anhaltende (institutionelle) Instabilität des politischen Systems zu werten, deutet auf eine Überbewertung der chronologischen Stabilität von Institutionen hin. Das vom Autor gezeichnete Bedrohungspotential der Demokratie durch das Militär entspricht zwar der Standardargumentation der Thailandforschung in den 80er und 90er Jahren, überzeugt aber in Anbetracht der politischen Entwicklung in der letzten Halbdekade nicht. Vielmehr ließen sich gute empirische Gründe benennen dafür, daß das thailändische Militär zu Beginn des 21. Jahrhunderts eben nicht mehr die innenpolitisch dominierende Vetomacht ist, sondern sich langsam aber deutlich auf dem politischen Rückzug befindet.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die These von der unkonsolidierten Demokratie leuchtet ebenso ein wie die Charakterisierung Thailands als „defekte Demokratie“. Als organisierte Gruppe von Akteuren bilden die Streitkräfte weiterhin einen einflußreichen Partner im demokratischen Spiel, der die politischen Regeln mitbestimmt und der seine eigenen korporativen Belange der Kontrolle demokratisch legitimierter Autoritäten teilweise entzieht. Die (institutionellen) Reformen der neunziger Jahre haben in einigen Teilbereichen des demokratischen Regimes zu einer Intensivierung seiner „illiberalen“ und „exklusiven“ Züge geführt: Hier sind vor allem der von Bünte genannte Ausschluß weiter Bevölkerungsteile vom passiven Wahlrecht zu nennen sowie der Versuch, parteipolitische Interessen vom Senat fernzuhalten. Allerdings ist die demokratische Entwicklung Thailands in der letzten Dekade gerade durch die Kombination gegenläufiger Tendenzen charakterisiert: Der Abbau von Demokratiedefiziten geht mit einer hohen Stabilität bestimmter Konsolidierungsdefizite sowie vereinzelter Intensivierung von „Defekten“ einher. Diese Mehrdimensionalität und Dynamik des Prozesses demokratischer Konsolidierung erfaßt Bünte in seinen Ausführungen nur begrenzt. Als Ganzes betrachtet ist „Probleme der demokratischen Konsolidierung in Thailand“ eine sorgfältig recherchierte Studie auf einem vernachlässigten Feld der empirischen Transformationsforschung. Es bietet in einer guten Überblicksdarstellung eine Vielzahl von Informationen zum Thema, so daß mancher inter-

essierte Leser das Werk nutzen kann, um jenseits der eigenen Forschungsarea die Entwicklung von Demokratien der dritten Welle zu studieren. Die Studie generiert aber nur wenig originäre wissenschaftliche Erkenntnis.

Aurel Croissant, Heidelberg